

Zentrale Themenstellungen in der Humanitären Hilfe aus österreichischer Perspektive

BASISINFORMATIONEN  29.02.2024



Inhaltsverzeichnis

Basisinformation 01: Qualitätsstandards in der Humanitären Hilfe	3
Basisinformation 02: Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Humanitären Hilfe	7
Basisinformation 03: Planungssicherheit für Humanitäre Hilfe	10
Basisinformation 04: Lokalisierung der Humanitären Hilfe	13
Basisinformation 05: Zivil-militärische Koordination in der Humanitären Hilfe	16

In Kürze erscheint

- Basisinformation 06: Humanitäre Hilfe in der Klimakrise
- Basisinformation 07: Der Humanitarian-Development-Peace-Nexus
- Basisinformation 08: Wörterbuch der Humanitären Hilfe

Impressum

Die **AG GLOBALE VERANTWORTUNG** ist der Dachverband von 36 österreichischen Nichtregierungsorganisationen aus den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe sowie entwicklungspolitischer Inlandsarbeit und Bildung. Unsere Mitgliedsorganisationen führen jährlich 1.000 Projekte in über 120 Ländern der Welt durch und tragen zu einem menschenwürdigen Leben für alle auf einem gesunden Planeten bei.

Wien, 29. Februar 2024

Herausgeberin


Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe

BÜRO Apollogasse 4/9, 1070 Wien **TELEFON** +43 1 522 44 22–0

EMAIL office@globaleverantwortung.at **WEBSITE** www.globaleverantwortung.at

FACEBOOK globaleverantwortung **LINKEDIN** globaleverantwortung

Gefördert durch die

 **Österreichische
Entwicklungs-
zusammenarbeit**



01 Qualitätsstandards in der Humanitären Hilfe

Humanitäre Hilfe lindert menschliches Leid, schützt die Schwächsten, sichert das Überleben von Millionen von Menschen und verbessert ihre Lebensbedingungen. Inmitten von Krisen und Konflikten sind es oft die einfachen, grundlegenden Bedürfnisse nach Nahrung, sauberem Wasser, medizinischer Versorgung und Schutz vor Gewalt, die dringend erfüllt werden müssen. Hier setzen humanitäre Organisationen und Helfer*innen an: Sie leisten beispielsweise Nahrungsmittelhilfe, damit Familien nicht hungern, schaffen in Gemeinden Zugang zu sauberem Wasser und retten mit Impfkampagnen das Leben von Kindern.

Der Bedarf an Humanitärer Hilfe ist enorm. Allein im März 2023 verzeichnete die Informationsplattform des Amts für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UN OCHA) weltweit 3.383 absehbare oder bereits eingetretene Krisen, Katastrophen oder Konflikte. 360 Millionen Menschen waren auf Humanitäre Hilfe angewiesen, doch schrumpft der Handlungsspielraum für eben diese Hilfe zusehends, und das humanitäre Völkerrecht, das Zivilist*innen in bewaffneten Konflikten Schutz gewährt, wird oftmals missachtet.

Humanitäre Hilfe steht allen Menschen zu, die sie brauchen

Täglich engagieren sich humanitäre Organisationen und Einzelpersonen weltweit in Krisenregionen, um menschliches Leid infolge von Krisen, Katastrophen oder Konflikten zu lindern. Geleitet wird die Humanitäre Hilfe von ihrem Kerngedanken, dass sie allen Menschen ohne Diskriminierung zuteilwerden muss. Dieser **Humanitäre Imperativ** betont die moralische Verpflichtung, das Leiden von Menschen zu lindern und Leben zu retten, unabhängig von politischen, wirtschaftlichen oder anderen Interessen.

Entscheidend für die Schaffung des humanitären Raums, der Voraussetzung für effektive Hilfe ist, sind eine konsequente Einhaltung der im Folgenden beschriebenen **Humanitären Prinzipien**,¹ die strikte Trennung von Politik und Hilfsleistungen sowie der Zugang zu und der Schutz von Zivilist*innen und humanitären Helfer*innen.

- Das **Prinzip der Menschlichkeit** verpflichtet dazu, wo immer möglich menschliches Leid zu lindern und die Würde der Menschen zu wahren. Hilfe wird unparteilich und unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Alter oder sexueller Orientierung geleistet. Zum Beispiel verteilt eine humanitäre Organisation Lebensmittel an bedürftige Familien in einem von Naturkatastrophen betroffenen Gebiet, ohne dabei nach ethnischer Zugehörigkeit zu unterscheiden.
- In Konfliktsituationen untersagt das **Prinzip der Unparteilichkeit**, für eine Seite Partei zu ergreifen. Zum Beispiel stellt eine humanitäre Organisation medizinische Hilfe bereit, ohne sich in den bewaffneten Konflikt einzumischen oder eine der kämpfenden Parteien zu unterstützen.
- Das **Prinzip der Unabhängigkeit** verlangt, dass Humanitäre Hilfe nicht für politische, militärische oder wirtschaftliche Zwecke instrumentalisiert werden darf. Zum Beispiel gewährt eine humanitä-

¹ Mit der Resolution 46/182 erkannte die Generalversammlung der Vereinten Nationen 1991 die Prinzipien Menschlichkeit, Neutralität und Unparteilichkeit als Basis der weltweiten Humanitären Hilfe an. 2003 kam mit der Resolution 58/114 das Prinzip der Unabhängigkeit hinzu.



Qualitätsstandards in der Humanitären Hilfe

re Organisation Unterkünfte für Binnenvertriebene, ohne von Regierungen oder anderen Interessengruppen beeinflusst zu werden.

- Das **Prinzip der Neutralität** erfordert, dass humanitäre Helfer*innen in Konfliktsituationen keine Partei ergreifen. Ein Beispiel dafür wäre eine humanitäre Organisation, die medizinische Hilfe in einem von Konflikten betroffenen Gebiet leistet, ohne sich in den politischen oder militärischen Konflikt einzumischen.

Humanitäre Prinzipien in der Praxis

Die Humanitären Prinzipien dienen als normative Grundlage für humanitäres Handeln und tragen dazu bei, Akzeptanz bei allen Stakeholder*innen zu erreichen. Ihre Einhaltung erleichtert humanitären Organisationen den Zugang zu Menschen in Not, wobei die Wahrnehmung von Hilfsorganisationen als neutrale Akteurinnen entscheidend für die Sicherheit der Hilfeleistenden ist. Was einfach klingt, ist aber in der Praxis gerade dadurch herausfordernd, da Humanitäre Hilfe per Definition immer in fragilen Kontexten geleistet wird.

Beispielsweise wurde vor einem Jahrzehnt die mangelnde Abgrenzung zu militärischen Stabilisierungsmissionen als eine der größten Herausforderungen für prinzipiengeleitetes Handeln in der Humanitären Hilfe betrachtet. Das Problem bestand darin, dass die Vermischung von humanitären und militärischen Zielen das Risiko von Missverständnissen erhöhte und die Neutralität und Unabhängigkeit humanitärer Organisationen gefährdete. Heute ist es vor allem ein eingeschränkter Handlungsspielraum (*Shrinking Space*), der humanitäre Organisationen herausfordert: Regierungen erlegen humanitären Hilfsorganisationen Beschränkungen auf oder drohen mit Ausweisung. Hinzu kommen ein geschwächtes multilaterales System sowie gezielte Angriffe auf humanitäre Helfer*innen.

Humanitäre Organisationen und Geberländer stehen vor der Entscheidung, Kompromisse einzugehen und eine *rote Linie* zu definieren, ab der ein Rückzug sinnvoll erscheint. Das kann bedeuten, dass in bestimmten Gebieten die Rahmenbedingungen nicht vorhanden sind, um eine Versorgung mit internationalen Hilfsleistungen zu ermöglichen, wie es derzeit in Teilen Afghanistans der Fall ist.

Für Humanitäre Hilfe ist es daher wesentlich, dass ihre Prinzipien zusätzlich mit Rechenschaftspflichten und entlang möglicher negativer Auswirkungen der Hilfe (*Do No Harm*)² abgewogen werden. Als Partnerin kann die Politik qualitativ hochwertige Policies und Regelungen für humanitäre Aktivitäten entwickeln sowie auf diplomatischer Ebene dafür sorgen, dass Humanitäre Hilfe uneingeschränkt geleistet werden kann.

² Do No Harm („Richte keinen Schaden an“) ist ein Ansatz, der darauf abzielt, mögliche negative Auswirkungen Humanitärer Hilfe durch konflikt sensible Planung zu verhindern bzw. frühzeitig zu identifizieren, um diese dann zu mildern.



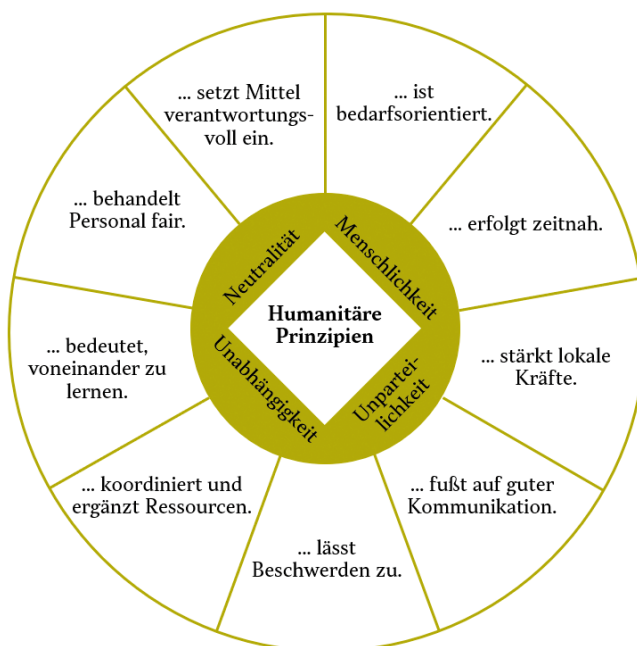
FAKTENCHECK

Eingeschränkter Handlungsspielraum für Humanitäre Hilfe (*Shrinking Space*)

Von 2017 bis 2020 stiegen die Angriffe auf humanitäre Helfer*innen in weltweiten Krisen- und Katastrophengebieten um 54%. Lokale Mitarbeiter*innen waren dabei überproportional stark betroffen, insbesondere in besonders schwierigen Kontexten. Hier einige Beispiele:

- Menschen, die in besetzten Gebieten in Libyen, Syrien, in Mali, Burkina Faso und im Jemen leben, haben nur sehr eingeschränkten Zugang zu Dienstleistungen und Hilfe. In Kamerun verhängen nichtstaatliche, bewaffnete Gruppen häufig Lockdowns, die die Bewegungsfreiheit von Menschen in Not und humanitären Helfer*innen einschränken.
- Die Eskalation des Kriegs in der Ukraine und der verhängte Ausnahmezustand in El Salvador zur Bekämpfung der Bandengewalt haben den Zugang zu Humanitärer Hilfe im Jahr 2022 in diesen Ländern dramatisch verschlechtert.
- Im Sudan, Südsudan, in Somalia und der Demokratischen Republik Kongo untersagen die Regierungen Hilfslieferungen in Gebiete, die von nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen kontrolliert werden. In Somalia und im Südsudan sind humanitäre Organisationen regelmäßig mit Schikanen und Forderungen nach „Gebühren“ konfrontiert.

Core Humanitarian Standard: Qualitätsstandard auf operativer Ebene



Core Humanitarian Standard, The Sphere Project
QUELLE: AKTION DEUTSCHLAND HILFT 2018

Der *Grundlegende Humanitäre Standard für Qualität und Rechenschaftspflicht* (*Core Humanitarian Standard, CHS*) ist das Ergebnis eines weltweiten Konsultationsprozesses der CHS Alliance, einem globalen Bündnis von über 150 humanitären Organisationen. Er umfasst neun Verpflichtungen, die darauf abzielen, die Qualität und Wirksamkeit der geleisteten Hilfe und die Rechenschaftspflicht gegenüber den von einer Krise betroffenen Gemeinschaften und Menschen zu stärken. Der CHS stellt die von einer Krise betroffenen Gemeinschaften und Menschen in den Mittelpunkt der humanitären Maßnahmen und fördert die Einhaltung ihrer grundlegenden Menschenrechte. Er basiert auf dem Recht auf ein Leben in Würde sowie dem Recht auf Schutz und Sicherheit,



Qualitätsstandards in der Humanitären Hilfe

wie sie unter anderem im Humanitären Völkerrecht und der Internationalen Menschenrechtskonvention verankert sind.

Die Anwendung des CHS gewährleistet, dass Humanitäre Hilfe qualitativ hochwertig, wirksam und bedarfsgerecht ist. Indem er die Bedürfnisse und Prioritäten der betroffenen Gemeinschaften berücksichtigt und ihre Mitwirkung fördert, trägt der CHS dazu bei, dass die Hilfe wirklich den Menschen zugutekommt, die sie benötigen. Darüber hinaus stärkt der CHS die Rechenschaftspflicht der humanitären Akteur*innen, da er klare Standards für die Planung, Umsetzung, Überwachung und Bewertung von Hilfsmaßnahmen festlegt.

Die Standards des CHS unterstützen die Umsetzung der Humanitären Prinzipien – insbesondere der Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit –, indem sie sicherstellen, dass Humanitäre Hilfe allen notleidenden Menschen frei von Diskriminierung oder politischer Einflussnahme zugänglich ist. Darüber hinaus stehen sie im Einklang mit dem Humanitären Imperativ, der die grundlegende Verpflichtung zur Hilfeleistung für Menschen in Not betont und die Bedeutung einer qualitätsvollen und rechenschaftspflichtigen humanitären Reaktion unterstreicht.

Die politische Verantwortung

Eine konsequente Umsetzung der Humanitären Prinzipien auf politischer Ebene beinhaltet ...

- ... das Humanitäre Völkerrecht und die Humanitären Prinzipien international zu achten sowie deutlich und kompromisslos einzufordern.
- ... Zugangsbeschränkungen zu Humanitärer Hilfe durch Staaten, Angriffe auf Helfer*innen und Verletzungen der Rechte von schutzsuchenden Menschen scharf zu verurteilen.
- ... ein Vorbild im Sinne des Menschenrechtsschutzes zu sein und auf die Einhaltung der Menschenrechtsverpflichtungen durch Staaten zu bestehen.
- ... multilaterale Anstrengungen zu unterstützen, die den humanitären Raum schützen und stärken.
- ... humanitären Organisationen genügend Raum zu ermöglichen, damit sie notleidende Menschen weiterhin unterstützen können.
- ... eine ausreichende Finanzierung für Humanitäre Hilfe, unabhängig von außen- oder innenpolitischen Interessen, sicherzustellen.

Quellen

ACAPS Humanitarian Access Overview July 2022. Abgerufen unter: https://www.acaps.org/sites/acaps/files/products/files/acaps_humanitarian_access_overview_july_2022_0.pdf#page=10, Zugriff am 01.02.2024

ALNAP (07.09.2022): The State of the Humanitarian System. ALNAP Study. London: ALNAP/ODI. Abgerufen unter: <https://sohs.alnap.org/help-library/2022-the-state-of-the-humanitarian-system-sohs-%E2%80%93-full-report-0>, Zugriff am 01.02.2024

CHS Alliance: www.chsalliance.org

Core Humanitarian Standard: corehumanitarianstandard.org

Jackson, Ashley, & Zych, Steven A. (2017): Presence & Proximity: To Stay and Deliver, Five Years On. UN OCHA, June 22. Abgerufen unter: https://www.humanitarianoutcomes.org/sites/default/files/publications/presence_and_proximity.pdf, Zugriff am 01.02.2024

Rohwerder, Brigitte (2015): Helpdesk Research Report: Restrictions on humanitarian access. Abgerufen unter: https://www.humanitarianoutcomes.org/sites/default/files/publications/presence_and_proximity.pdf, Zugriff am 01.02.2024

Steets, Julia (09.02.2023): Humanitäre Hilfe in Syrien: Die Helfer dürfen sich nicht von Assad erpressen lassen. Tagesspiegel. Abgerufen unter: <https://www.tagesspiegel.de/meinung/humanitaere-hilfe-in-syrien-helfer-konnen-sich-nicht-von-assad-erpressen-lassen-9317732.html>, Zugriff am 01.02.2024

Steets, Julia, Reichhold, Urban und Sagmeister, Elias (29.06.2012): Evaluation and review of humanitarian access strategies in DG ECHO funded interventions. ECHO and the Global Public Policy Institute (GPPI). Abgerufen unter: http://ec.europa.eu/echo/files/evaluation/2012/GPPI_Access-Report.pdf, Zugriff am 26.04.2023

VENRO (2018): Gut gemeint ist nicht gut genug. Wie wir mit „Do-No-harm“ unerwünschte Wirkungen im Blick behalten. Abgerufen unter: https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Factsheets/Einblick_DoNoHarm_v08_ONLINE_1.pdf, Zugriff am 01.02.2024



02 Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Humanitären Hilfe

Etwa **16% der Weltbevölkerung**, also rund 1,3 Milliarden Menschen, leben mit Behinderungen. Diese Gruppe umfasst Personen mit langfristigen körperlichen, geistigen, intellektuellen oder sensorischen Beeinträchtigungen. Sie werden oft benachteiligt und an der vollständigen und wirksamen Teilhabe an der Gesellschaft gehindert. UN OCHA schätzt, dass weltweit mindestens 41 Millionen Menschen mit Behinderungen von Krisen oder Katastrophen betroffen sind und daher einem höheren Risiko für ihr Wohlergehen und Überleben ausgesetzt sind:

- Menschen mit Behinderungen **leben mit größerer Wahrscheinlichkeit in Armut** im Vergleich zu Menschen ohne Behinderungen und verfügen daher über weniger ökonomische Ressourcen, um Krisen zu bewältigen.
- Im Falle von bewaffneten Konflikten erreichen entsprechende Warnungen Menschen mit Behinderungen oft nicht rechtzeitig.
- Manche können nicht eigenständig fliehen und ihre Familien haben möglicherweise nicht die Kraft oder die Mittel, um ihnen zu helfen.
- **Bei Katastrophen ist die Sterblichkeitsrate von Menschen mit Behinderungen zwei- bis viermal so hoch** wie die von Menschen ohne Behinderungen.

Inklusion bedeutet, dass alle Menschen die Rechte, Fähigkeiten und Möglichkeiten für gesellschaftliche Teilhabe besitzen und selbstständig über ihr Leben bestimmen können. Artikel 11 der **UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen** (CRPD) gewährleistet die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in Gefahrensituationen und im Rahmen Humanitärer Hilfe. Zusätzlich haben zahlreiche österreichische Organisationen oder ihre internationalen Vertretungen die *Charter on Inclusion of Persons with Disabilities in Humanitarian Action* unterzeichnet. Damit haben sie sich verpflichtet, humanitäre Maßnahmen inklusiv zu gestalten und den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu Hilfe und Unterstützung sicherzustellen. Daraus ergibt sich, dass alle Programme der Humanitären Hilfe barrierefrei und inklusiv geplant und umgesetzt werden sollen.

In der Praxis gehen Organisationen bereits einen Schritt weiter: Sie setzen Programme der Humanitären Hilfe nicht nur barrierefrei und inklusiv um, sondern berücksichtigen dabei auch Mehrfachdiskriminierungen. Ein Beispiel hierfür ist der soziale Status von Frauen mit Behinderungen in stark patriarchalischen Gesellschaften, die zudem einer ethnischen Minderheit angehören. Diese spezifische Kombination von Merkmalen kann dazu führen, dass diese Personen weniger Zugang zu Bildung, Erwerbstätigkeit und medizinischer Versorgung haben, oder einem erhöhten Risiko für geschlechterspezifische Gewalt ausgesetzt sind. Um Humanitäre Hilfe an den vulnerabelsten Personen auszurichten, erfordert es **Gender- und Diversitätsanalysen** sowie die Aufschlüsselung gesammelter Daten nach Geschlecht, Alter, Behinderung, etc. Innerhalb der Zielgruppen existiert eine Vielfalt an Er-



Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Humanitären Hilfe

fahrungen, Fähigkeiten, Stärken und Bedürfnissen, die es zu verstehen, anzusprechen und für erfolgreiche Strategien sowie Projektvorhaben zu nutzen gilt.

Humanitärer Hilfe sollte ein menschenrechtsbasiertes Verständnis von Behinderung zugrunde liegen. Empowerment, Selbstvertretung und inklusive Partizipation sollen Barrieren für Menschen mit Behinderungen aufbrechen und Stigmatisierung sowie Diskriminierung entgegenwirken. Damit Humanitäre Hilfe geeignete und bedarfsgerechte Services für Menschen mit Behinderungen und ihre Familien leisten kann, z.B. bei der Planung und Verteilung von Hilfsmitteln, braucht es verlässliche Daten. Für deren Erhebung und Analyse sind spezialisierte Organisationen von und für Menschen mit Behinderungen zentral, denn eine **inklusive Humanitäre Hilfe identifiziert Risiken und Barrieren gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen** und baut sie ab. Dies erfolgt bereits im Rahmen der Katastrophenvorsorge und findet in akuten sowie langanhaltenden Krisen seine Fortsetzung. Menschen mit Behinderungen und ihre Organisationen sollen daher bei der Erarbeitung, Implementierung und Evaluierung von antizipierendem Katastrophenschutz und akutem Krisenmanagement aktiv beteiligt sein.

Um umfassende Barrierefreiheit in all ihren Dimensionen sicherzustellen, sind, angepasst an den jeweiligen geographischen Kontext, folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- **Bauliche Barrierefreiheit und Infrastruktur schaffen:** z.B. barrierefreie Eingänge und Wege zu Evakuierungszentren, barrierefreie und sichere Sanitäreinrichtungen, Personenaufzüge, mit leicht lesbaren Leitsystemen ausgestattete öffentliche Gebäude sowie barrierefreier, öffentlicher Transportmöglichkeiten.
- **Kommunikative Barrierefreiheit schaffen:** z.B. Warnkommunikationstechnologien wie (Früh-) Warnsysteme nach dem *Zwei-Sinne-Prinzip* (sowohl akustische als auch visuelle Wiedergabe) sowie Bereitstellung von Informationen in „Minderheitensprachen“, einfacher Sprache, Gebärdensprache und Braille.
- **Digitale Barrierefreiheit schaffen:** z.B. barrierefreie Webseiten und digitale Dienstleistungen, Untertitel bei Videos sowie barrierefreie PDFs, die Informationen über Gefahren, Vulnerabilitäten, Risiken und Möglichkeiten zur Reduzierung von Auswirkungen breit zugänglich machen.
- **Bewusstseinsbildende Maßnahmen:** Sensibilisierung und Awareness-Raising über inklusive Katastrophenvorsorge, damit Vorurteile und Klischees gegenüber Menschen mit Behinderungen auf allen Ebenen abgebaut werden.
- **Geschlechtergerechte Barrierefreiheit schaffen:** Die genannten Maßnahmen sollten mit einem geschlechtergerechten Zugang, geschlechtergerechter Repräsentation und Sprache sowie der Bekämpfung von geschlechterbasierter Gewalt einhergehen.



Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Humanitären Hilfe

Quellen

- ADCAP (2018): Humanitarian Inclusion Standards for Older People and People with Disabilities. Abgerufen unter: https://handbook.spherestandards.org/en/his/#ch001_005, Zugriff am 20.02.2024
- AG Globale Verantwortung (2023): Briefingpapier: Inklusion von Menschen mit Behinderungen in der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe. Abgerufen unter: <https://www.globaleverantwortung.at/briefingpapier-inklusion-entwicklungszusammenarbeit-humanitaere-hilfe>, Zugriff am 20.02.2024
- EU (2019): The Inclusion of Persons with Disabilities in EU-funded Humanitarian Aid Operations. Abgerufen unter: https://civil-protection-humanitarian-aid.ec.europa.eu/system/files/2019-06/dg_op_guidance_inclusion_gb_liens_hr.pdf, Zugriff am 20.02.2024
- Humanitarian Disability Charter: humanitariandisabilitycharter.org
- IASC (2019): IASC Guidelines Inclusion of Persons with Disabilities in Humanitarian Action. Abgerufen unter: <https://interagencystandingcommittee.org/iasc-guidelines-on-inclusion-of-persons-with-disabilities-in-humanitarian-action-2019>, Zugriff am 20.02.2024
- IFRC (2022): Minimum Standards for Protection, Gender and Inclusion in Emergencies. Abgerufen unter: <https://pgi.ifrc.org/sites/default/files/media/document/2021-11/minimum-standards-for-protection-gender-and-inclusion-in-emergencies-lr.pdf>, Zugriff am 20.02.2024
- The New Humanitarian (2022): Give people with disabilities better protection in conflict and crises. Abgerufen unter: <https://www.thenewhumanitarian.org/opinion/2022/2/16/give-people-disabilities-better-protection-conflict-crises>, Zugriff am 20.02.2024
- UN OCHA (2022): Safeguarding people with disability during humanitarian crises. Abgerufen unter: <https://www.unocha.org/publications/report/world/humanitarian-issues-safeguarding-people-disabilities-during-emergencies>, Zugriff am 20.02.2024
- UN Women (2017): Making the SDGs Count for Women and Girls with Disabilities. Abgerufen unter: <https://www.unwomen.org/sites/default/files/Headquarters/Attachments/Sections/Library/Publications/2017/Making-SDGs-count-for-women-with-disabilities.pdf>, Zugriff am 20.02.2024

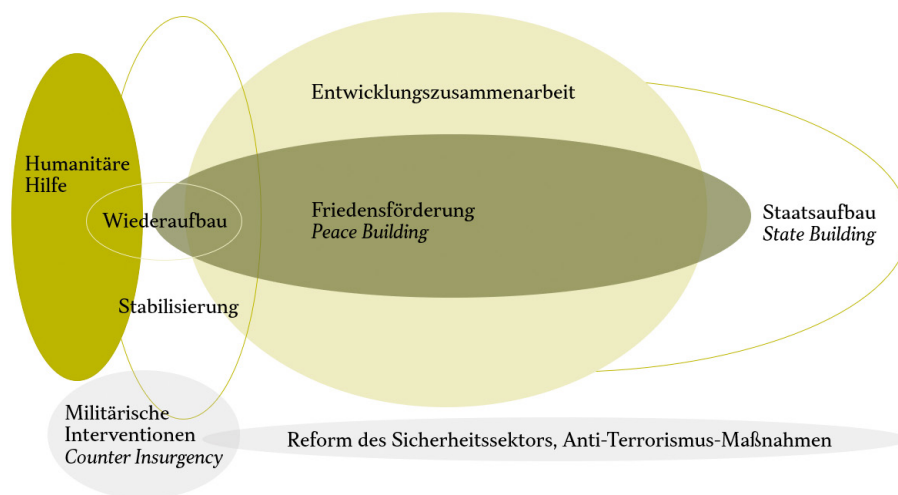


03 Planungssicherheit für Humanitäre Hilfe

Humanitäre Hilfe, die in unmittelbaren Krisensituationen zum Einsatz kommt, hat das Ziel, Leben zu retten und Leid zu lindern, wobei sie stets den Humanitären Prinzipien folgt. Ihr Planungszyklus beträgt in der Regel sechs Monate bis zu einem Jahr. Im Gegensatz dazu fungiert Entwicklungszusammenarbeit als langfristige Maßnahme, üblicherweise mit Projektdauern von drei bis fünf Jahren, um soziale und wirtschaftliche Entwicklung in einem stabilen Umfeld zu fördern. Friedensförderung, die Frieden als Bedingung für Entwicklung versteht, agiert ebenfalls langfristig und oft über Generationen hinweg (siehe in Kürze *Basisinformation 07: Humanitarian-Development-Peace-Nexus*). Es ist charakteristisch, dass Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit eng mit staatlichen Institutionen kooperieren, während Organisationen, die in der Humanitären Hilfe tätig sind, nur eingeschränkt oder gar nicht mit staatlichen Einrichtungen zusammenarbeiten.

Die Herausforderungen in der Humanitären Hilfe haben sich geändert

Da Krisen immer häufiger länger andauern, vielschichtiger sind und nicht geradlinig verlaufen, verliert das sequenzielle Modell zur Bewältigung von Krisen, dem die kurzfristige Finanzierungslogik der meisten Geberorganisationen folgt, an Relevanz. Sogenannte langanhaltende Krisen dauern



Sequenzielles Modell zur Bewältigung von Krisen
QUELLE: ÜBERARBEITETE VERSION NACH VORLAGE DER OECD (2010), SAMIR ELHAWARY ET AL.

mehrere Jahre bis Jahrzehnte an (erwähnt seien beispielsweise die Krisen in Syrien und im Jemen) oder treten aufgrund der Klimakrise wiederholt auf. Dementsprechend bedarf es mehr Flexibilität im Mitteleinsatz und zeitgemäßer Planungsmodelle, die eine effizientere Herangehensweise ermöglichen (z.B. *Crisis Modifier*).

Mehrjährige Finanzierung in langanhaltenden Krisen

Planungssicherheit durch mehrjährige Finanzierung ist für die Humanitäre Hilfe in langanhaltenden Krisen von entscheidender Bedeutung, um eine bedarfsgerechte Unterstützung für die betroffenen Menschen sicherzustellen. Wesentlich dabei sind folgende Elemente:



Bessere Planung

Mehrjährige Finanzierung ermöglicht humanitären Organisationen eine längerfristige Planung, die Entwicklung umfassender Reaktionspläne, den Aufbau von Kapazitäten und eine effiziente Ressourcenzuteilung. Mit einer klaren Übersicht über verfügbare Mittel über mehrere Jahre hinweg können sich diese Organisationen auf die strategische Gestaltung von Programmen konzentrieren, die sowohl den unmittelbaren Bedarf als auch die langfristige Resilienz der Betroffenen berücksichtigt.

Flexibilität und Anpassungsfähigkeit

In anhaltenden Krisen kann sich der Bedarf an Humanitärer Hilfe rasch verändern. Eine mehrjährige, anpassungsfähige (auch als *unearmarked* bezeichnete) Finanzierung ermöglicht es den Organisationen, flexibler auf sich ändernde Situationen zu reagieren. So können sie ihre Programme an neue Prioritäten, sich entwickelnde Bedürfnisse und sich verändernde Gegebenheiten vor Ort anpassen und Ressourcen entsprechend zuweisen. Diese Flexibilität ist entscheidend, um sicherzustellen, dass die Hilfe über einen längeren Zeitraum hinweg relevant und reaktionsfähig bleibt.

Verbesserte Effizienz

Einjährige Finanzierungszyklen können Ineffizienzen und Unterbrechungen bei humanitären Einsätzen verursachen. Der administrative Aufwand bindet wertvolle Zeit und Ressourcen, die für die eigentliche Hilfeleistung verloren gehen. Durch eine mehrjährige Finanzierung werden die Verwaltungsprozesse optimiert, Transaktionskosten gesenkt und die Gesamteffizienz humanitärer Einsätze verbessert.

Langfristige Wirkung

Eine mehrjährige Finanzierung erleichtert den Übergang von kurzfristigen, reaktiven Maßnahmen zu nachhaltigeren und wirkungsvolleren Ansätzen. Sie fördert Programme von längerer Dauer, die die tiefgreifenden Ursachen von Krisen angehen, die Widerstandsfähigkeit von Gemeinschaften stärken und bereits in gewissem Maße eine nachhaltige Entwicklung fördern. Durch Investitionen in mehrjährige Initiativen im Rahmen langanhaltender Krisen können humanitäre Organisationen dauerhafte positive Veränderungen bewirken und Gemeinschaften beim Wiederaufbau unterstützen.

Am World Humanitarian Summit 2016 wurde mit der Initiative **Grand Bargain** der Versuch gestartet, Humanitäre Hilfe effizienter, wirksamer und menschenzentrierter zu gestalten. Es geht unter anderem darum, die Fragmentierung in der Humanitären Hilfe aufzulösen und die Art und Weise zu verändern, wie Ressourcen in Krisen eingesetzt werden. Ein zentrales Bekenntnis im Rahmen von *Grand Bargain* ist es, 25% der internationalen Gelder für Humanitäre Hilfe „so direkt wie möglich“ an lokale bzw. nationale Organisationen zu geben (siehe S. 13, *Basisinformation 04: Lokalisierung in der Humanitären Hilfe*) sowie für mehr Flexibilität und Transparenz beim Einsatz von humanitären Finanzmitteln zu sorgen.



Planbarkeit von humanitären Interventionen und schnelle Katastrophenhilfe sind kein Widerspruch

Da zumeist vorzeitig nicht bekannt ist, wann Mittel aus dem Katastrophenfonds (AKF) ausgeschüttet werden, besteht für humanitäre Organisationen eine gewisse Planungsunsicherheit. Diese führt dazu, dass Umsetzungskapazitäten, wie Personal und Ressourcen, aufgrund von Mittelknappheit abgebaut und erst nach erneuten Beschlüssen – im schlimmsten Fall mit erheblichen Verzögerungen – wieder aufgebaut werden können. Diese Verzögerungen und Unsicherheiten im Mittelvergabeprozess haben schwerwiegende Konsequenzen: Sie können Menschenleben kosten und verhindern eine kontinuierliche Unterstützung in Krisensituationen.

Eine vorausschauende Planung der Humanitären Hilfe gewährleistet nicht nur eine kontinuierliche Unterstützung. Sie sorgt auch dafür, dass Krisen und Konflikte nicht aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit geraten, wenn sie nicht mehr im medialen Rampenlicht stehen. Im Sinne des *Humanitarian-Development-Peace-Nexus* (HDP-Nexus) bieten mehrjährige, planbare und flexible Finanzmittel die Möglichkeit, gezielte Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge zu ergreifen und potenzielle Katastrophen und Konflikte zu verhindern, die im Einklang mit Entwicklungs- und Friedensförderungsinitiativen stehen (siehe in Kürze *Basisinformation 07: Humanitarian-Development-Peace-Nexus*).

Eine Lösung besteht darin, dass 80% der AKF-Mittel zu Beginn des Jahres für langanhaltende Krisen (z.B. in Syrien oder der Demokratischen Republik Kongo), sowie vorhersehbare Krisen (z.B. Dürren in Ostafrika) ausgeschüttet werden. Das würde die Reaktionsfähigkeit und Effizienz dringend benötigter Hilfe erheblich verbessern. Gleichzeitig sollten 20% der Mittel für akute Katastrophen (z.B. Erdbeben und Überschwemmungen) zurückbehalten und zeitnah zur Verfügung gestellt werden, um schnelle Reaktionen auf unerwartete Notsituationen zu ermöglichen.

Quellen

Ärzte ohne Grenzen (o.D.): Humanitäre Hilfe. Abgerufen unter: <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/unsere-organisation/unsere-werte/humanitaere-hilfe>, Zugriff am 20.02.2024

Charter4Change (o.D.): Localisation of Humanitarian Aid. Abgerufen unter: <https://charter4change.org>, Zugriff am 21.02.2024

IASC (o.D.): About the Grand Bargain. Abgerufen unter: <https://interagencystandingcommittee.org/about-the-grand-bargain#:~:text=The%20Grand%20Bargain%2C%20launched%20during,efficiency%20of%20the%20humanitarian%20action>, Zugriff unter 20.02.2024

IFRC (o.D.): Grand Bargain Workstream 2: Localization. Abgerufen unter: <https://glocalisation.ifrc.org>, Zugriff am 20.02.2024

Parlament Österreich (14.06.2022): Workstream Localisation of the Grand Bargain - presentation by the International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies (104538/EU XXVII.GP). Abgerufen unter: <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/EU/104538>, Zugriff unter 20.02.2024

UN OCHA (2021): Global Humanitarian Overview 2021. Abgerufen unter: https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/GHO2021_EN.pdf, Zugriff am 20.02.2024



04 Lokalisierung der Humanitären Hilfe

Ursprünglich stand hinter dem Begriff Lokalisierung das Bestreben, lokalen Organisationen und Gemeinschaften mehr Entscheidungsbefugnisse zu geben, um dem postkolonialen Machtgefälle zwischen dem Norden und Süden im humanitären Sektor entgegenzuwirken. Die Debatte darüber ist vielschichtig, teilweise kontrovers und wird aus verschiedenen Perspektiven geführt. Die dekoloniale Transformationsperspektive kritisiert grundlegend die Dominanz von internationalen Nichtregierungsorganisationen (INGOs) im Vergleich zu nationalen und lokalen Organisationen ohne internationale Anbindung. Die Perspektive der Dezentralisierung argumentiert hingegen, dass in der Humanitären Hilfe die physische Nähe zu Krisengebieten und Betroffenen vorrangig ist, unabhängig davon, wer diese Organisationen sind, woher sie stammen und von wo aus sie geleitet werden.

Debattenpunkt: Was ist eine *lokale* Organisation?

Diese Frage ist komplexer als es auf den ersten Blick scheint. In der Implementierungsphase 2021 bis 2023 des *Grand Bargain* kritisierten vor allem lokale Akteur*innen, dass anstelle von Lokalisierung eher eine *Multinationalisierung* erfolge: Einige große INGOs registrierten Zweigstellen bzw. Mitgliedsorganisationen in Ländern des Globalen Südens, die zwar rechtlich unabhängig, jedoch Teil einer internationalen Allianz oder Föderation sind. Kleinere, lokal gewachsene Organisationen können sich gegen deren Fundraising-Abteilungen kaum behaupten. Gleichzeitig gibt es aber auch (I)NGOs – meist in kirchlicher Trägerschaft – die in fast allen Ländern der Welt seit Jahrzehnten vertreten und tief in lokalen Strukturen verankert sind.

Eine vergleichbare Herausforderung besteht im Bereich der Humanitären Hilfe, die durch öffentliche Mittel finanziert wird: Länder des Globalen Nordens vergeben ihre Ressourcen hauptsächlich an eine begrenzte Anzahl von INGOs, die mit diesen Geldern ihre lokalen Partner*innen unterstützen. Um diesem Machtgefälle entgegenzuwirken, sieht der *Grand Bargain* vor, dass lokale Hilfsorganisationen mindestens 25% der direkten Finanzierung erhalten.

Die Localisation Marker Working Group (LMWG) des Inter-Agency Standing Committee (IASC) erarbeitet Definitionen, was eine lokale oder nationale Organisation ist, für wen die 25%-Regelung gilt und was bei der Finanzierung ‚so direkt wie möglich‘ in der Praxis bedeutet. Dennoch bleiben zahlreiche Fragen vorerst unbeantwortet.

Im Zuge der Initiative *Grand Bargain* (World Humanitarian Summit 2016) bekannten sich mehr als 70 INGOs, Regierungen und UN-Organisationen dazu, Humanitäre Hilfe effizienter, wirksamer und menschenzentrierter zu gestalten. Zu den zentralen Elementen gehören die Verpflichtung, humanitäre Finanzmittel flexibler handzuhaben, Finanzen und Ergebnisse transparenter zu kommunizieren, um die Rechenschaftspflicht gegenüber betroffenen Gemeinschaften zu stärken, sowie die Stärkung lokaler Akteur*innen.



Chancen und Herausforderungen von Lokalisierung

Chancen	Herausforderungen
Durch ihr spezifisches Kontextwissens sind lokale Organisationen in der Lage, Lösungen zu entwickeln, die von lokalen Gemeinschaften besser akzeptiert werden und somit zu höherer Qualität und Nachhaltigkeit führen.	In vielen autoritär regierten Ländern des Globalen Südens sind die Handlungsmöglichkeiten für nationale NGOs erheblich eingeschränkt. Nationale Registrierungsprozesse können langwierig sein und Arbeitserlaubnisse werden oft nur für kurze Zeiträume erteilt. Finanzierungshürden stellen eine weitere Herausforderung für die Arbeit nationaler NGOs dar, wie etwa in Tunesien, wo es ihnen untersagt ist, internationale Finanzierung zu erhalten.
Mitarbeiter*innen lokaler Organisationen können effektiver mit betroffenen Bevölkerungsgruppen kommunizieren, da sie in der Regel mehrere lokale Sprachen beherrschen und wissen, wie sie bestimmte Personengruppen ansprechen können.	Auf den ersten Blick mag es aber oft so scheinen, als hätten lokale Akteur*innen Schwierigkeiten, die internationalen Standards der Rechenschaftspflicht, globale Datenschutzbestimmungen und Transparenz zu erfüllen. Im Gegenzug beklagen lokale Organisationen, dass sie die internationale Wahrnehmung unter generellen Korruptionsverdacht und ihre Neutralität infrage stellt. Der anhaltende Fokus auf Kapazitätsaufbau wird zudem als Missachtung der Erfahrungen lokaler NGOs empfunden, nationale Fachleute erfahren nicht die gebührende Anerkennung.
Lange Zeit konstruierten spendenbasierte INGOs Bilder von hilflosen Opfern und ihren Retter*innen aus dem Globalen Norden, um Spenden zu generieren. Lokale Gemeinschaften und Organisationen sind nun in der Lage, ihre eigenen Geschichten (z.B. in Berichten an Geberorganisationen) zu erzählen und erhalten dadurch die Kontrolle über das Narrativ.	Viele lokale Organisationen sind nicht ausschließlich in der Humanitären Hilfe tätig, sondern setzen sich auch für Menschenrechte, Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit ein. Dieses Mehrfachmandat kann mitunter in Konflikt mit den humanitären Prinzipien stehen.
Die Verhandlung von humanitärem Zugang in Gebieten mit einem hohen Level an Gewalt(eskalation) gestaltet sich effektiver durch die Akteur*innen vor Ort, insbesondere wenn das betreffende Gebiet und das Kommando der Streitkräfte kleiner und lokal begrenzt sind.	



Gleichrangige Partnerschaften, beispielsweise in Form von Konsortien zwischen INGOs und nationalen bzw. lokalen NGOs, bieten im operativen Bereich die Möglichkeit, die genannten Vorteile beider Seiten nutzen.

Solche Allianzen können auch den politischen Diskurs beeinflussen und dazu beitragen, das koloniale Erbe kritisch zu reflektieren. Sie können asymmetrische Machdynamiken zwischen humanitären Organisationen aus wohlhabenderen und ärmeren Ländern auflösen und neo-kolonialen Herausforderungen entgegenwirken. NGOs aus dem Globalen Norden könnten sich verstärkt für einen globalen Systemwechsel einsetzen und sich Faktoren wie fairen Handelsbeziehungen widmen, die zu Armut im Globalen Süden führen und somit Konflikte verstärken.

Manche NGOs stehen politischen, religiösen oder ethnischen Gruppen nahe. Das kann sie zur Zielscheibe für Regierungen machen, wenn sie beispielsweise mit nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen über humanitären Zugang verhandeln.

Weltweit tragen lokale Fachkräfte das höchste Risiko, im Einsatz getötet zu werden. Lokale Organisationen, die lediglich Projektfinanzierung erhalten und nicht über ausreichend Eigenmittel verfügen, könnten Schwierigkeiten haben, ihr Personal angemessen zu schulen oder funktionale Sicherheitsmanagementsysteme zu betreiben – einschließlich der Möglichkeit, das Personal und seine Angehörigen zu evakuieren.

Quellen

CHA: Humanitarian Views. Abgerufen unter: <https://www.chaberlin.org/blog>, Zugriff am 21.02.2024

Charter4Change (o.D.): Localisation of Humanitarian Aid. Abgerufen unter: <https://charter4change.org>, Zugriff am 21.02.2024

Humanitarian Outcomes (Aug. 2023): Aid Worker Security Report 2023 - Security Training in the Humanitarian Sector: Issues of equity and effectiveness. Abgerufen unter: <https://www.humanitarianoutcomes.org>, Zugriff am 21.02.2024

IASC(o.D): The Grand Bargain. Abgerufen unter: <https://interagencystandingcommittee.org/grand-bargain>, Zugriff am 21.02.2024

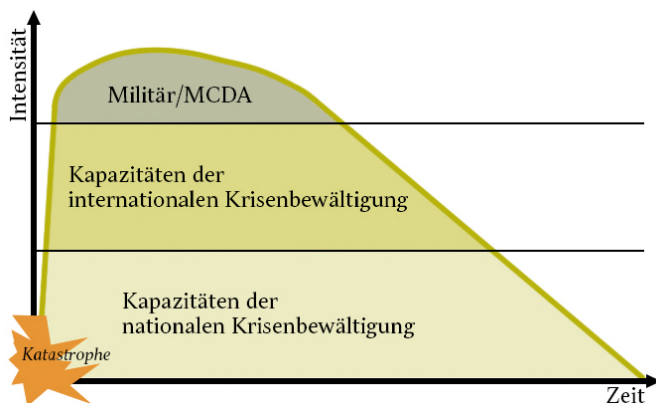
Pledge4Change: pledgeforchange2030.org



05 Zivil-militärische Koordination in der Humanitären Hilfe

In Notsituationen – sei es durch Konflikte, extreme Wetterereignisse oder andere Katastrophen – operieren humanitäre Organisationen, staatliche Sicherheitskräfte und nichtstaatliche bewaffnete Gruppen oft im gleichen Raum. Ein effektiver Dialog zwischen diesen Akteur*innen ist entscheidend, um den Zugang der Humanitären Hilfe zu Menschen in Not sicherzustellen. Insbesondere in komplexen Notfällen, in denen militärische Kräfte Sicherheits-, Logistik- oder andere Unterstützungsfunktionen bereitstellen können, gilt es, den **humanitären Charakter der Hilfe zu wahren**. Dies bedeutet, dass die Humanitären Prinzipien Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit im Rahmen humanitärer Maßnahmen gewährleistet sind und keine politischen oder militärischen Erwägungen Einfluss auf sie nehmen. Ein dahingehender Informationsaustausch zwischen zivilen und militärischen Akteur*innen ermöglicht ein umfassendes Verständnis der Situation vor Ort bzw. im Einsatzraum und eine klare Aufgabenteilung. Das trägt dazu bei, dass Humanitäre Hilfe unter Wahrung der Humanitären Prinzipien und im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht geleistet werden kann.

Zivil-militärische Koordination in der Praxis



Humanitäre Organisationen benötigen oft **Zugang zu Gebieten** unter militärischer Kontrolle oder in Konfliktzonen. Unterschiedliche zivil-militärische Koordinierungsmechanismen helfen diesen zu verhandeln und stellen sicher, dass Sicherheitsbelange berücksichtigt werden, ohne die Humanitären Prinzipien zu gefährden. In Ausnahmefällen kann militärische Unterstützung erforderlich sein, um angemessene Sicherheitsbedingungen für die humanitären Helfer*innen in komplexen Notsituationen zu schaffen.

Beispielsweise bei der Evakuierung von Zivilist*innen und humanitären Helfer*innen, die sich in Konfliktgebieten unter Beschuss befinden, oder beim Schutz von Hilfsgüterkonvois in Regionen, die von bewaffneten Gruppen kontrolliert werden.

Bei schweren Katastrophen können betroffene Staaten bei der Abteilung für zivil-militärische Koordination (Civil-Military Coordination Section, CMCS) von UN OCHA internationale Militär- und Zivilschutzmittel zur Unterstützung ihrer humanitären Nothilfemaßnahmen anfordern. Richtlinien für den Einsatz von Militär- und Zivilschutzmitteln (Military and Civil Defence Assets, MCDA) in der **internationalen Katastrophenhilfe** sind die sogenannten **Oslo Guidelines**. Militärische Mittel werden im Rahmen der Humanitären Hilfe aber nur dann eingesetzt, wenn zivile, humanitäre Organisationen entsprechende Dienste nicht erbringen können, beispielsweise spezielle technische Anforderungen,



Zivil-militärische Koordination in der Humanitären Hilfe

Luft- und Seetransporte oder medizinische Evakuierungskapazitäten.

In Katastrophenszenarien, wie etwa nach dem Tsunami 2004, stehen militärische Kräfte oft für den Aufbau temporärer Unterkünfte bereit und unterstützen Rettungs- und Hilfsmaßnahmen logistisch. In Konfliktgebieten sichern sie humanitäre Korridore. Während der COVID-19-Pandemie bauten sie Gesundheitseinrichtungen mit auf und führten Impfungen sowie medizinische Tests durch.

Grundsätzlich sollte das Militär den direkten Kontakt mit der Zivilbevölkerung meiden und lediglich die Hilfe ziviler Organisationen unterstützen. Dieser Grundsatz wird aber nicht immer respektiert: Sogenannte **Quick Impact Projects**, bei denen militärische Einheiten direkt Humanitäre Hilfe leisten, um sich das Wohlwollen der Zivilbevölkerung zu sichern, werden von humanitären Organisationen scharf kritisiert. Solche Vorgehensweisen erhöhen das Risiko von Konflikten oder Missbrauch, können die Neutralität sowie Unabhängigkeit der Humanitären Hilfe untergraben und somit ihrer Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit schaden. Daher ist eine klare Trennung zwischen militärischen und humanitären Aktionen sowie die Einhaltung internationaler Rechtsnormen und Standards unerlässlich.

Geläufige Begrifflichkeiten

Verschiedene Begriffe für zivil-militärische Koordinierung (*Civil-Military Coordination*) werden häufig synonym verwendet:

- *Civil-Military Interaction* (CMI): Interaktion zwischen zivilen und militärischen Akteur*innen
- Zivil-Militärische Koordination (ZMK): Koordination von zivilen und militärischen Maßnahmen
- Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ): Gemeinsame Arbeit ziviler und militärischer Organisationen
- Zivil-Militärische Beziehungen (ZMB): Interaktion und Kommunikation zwischen zivilen und militärischen Einheiten

Die hier angeführten, unterschiedlichen zivil-militärischen Koordinierungsmechanismen bzw. -ansätze variieren je nach Kontext der Krise, Katastrophe oder des Konflikts. Eine Einzelfallbewertung ist notwendig, um einen humanitären Raum zu schaffen, in dem Hilfe als unabhängig und neutral wahrgenommen wird. Insgesamt reichen die Koordinierungsstrategien von Koexistenz³ bis Zusammenarbeit⁴, wobei die Unterscheidung zwischen CIMIC (Nato CIMIC, UN CIMIC, etc.) einerseits und CMCoord (UN-CMCoord, EU-CMCoord, etc.) andererseits wesentlich ist.

Die Nato definiert **CIMIC** als „(a) military joint function that integrates the understanding of the civil factors of the operating environment and that enables, facilitates and conducts Civil-Military Interaction to support the accomplishment of missions and military strategic objectives in peacetime, crisis and conflict“.⁵

Ein solches militärisch geprägtes Verständnis von zivil-militärischer Koordination (CIMIC) betont die Erfüllung militärischer Einsatzziele, was potenziell die Neutralität, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit Humanitärer Hilfe beeinträchtigen und zu ihrer Instrumentalisierung führen kann. Sie kann

³ Vor allem in Situationen, wenn das Militär aktiv an Kämpfen beteiligt ist.

⁴ Vor allem im Rahmen humanitärer Assistenz nach Naturkatastrophen.

⁵ Definition des *Military Council Joint Standardization Board* (MCJSB) der NATO vom 4. August 2022.



Zivil-militärische Koordination in der Humanitären Hilfe

also im Widerspruch zu den Bedürfnissen der am stärksten gefährdeten Menschen in Notsituationen stehen und humanitäre Helfer*innen gefährden.



Modell der CMCCoord-Strategie der EU
QUELLE: EUROPÄISCHE KOMMISSION

Bei **CMCoord** dient der Dialog und die Interaktion zwischen zivilen und militärischen Akteur*innen dazu, die humanitären Prinzipien zu gewährleisten, Konkurrenz zu vermeiden, Unstimmigkeiten zu minimieren und gegebenenfalls gemeinsame Ziele zum Schutz der betroffenen Bevölkerung zu verfolgen. Idealerweise arbeiten zivile und militärische Organisationen bei der Planung ihrer Aktivitäten zusammen, koordinieren die Ressourcenverteilung und legen Prioritäten und Zielen fest, die mit der Gesamtstrategie der Humanitären Hilfe in Einklang stehen. CMCoord ist entscheidend, um eine klare Abgrenzung zwischen zivilen und humanitären Helfer*innen auf der einen und dem Militär auf der anderen Seite zu gewährleisten und die humanitären Prinzipien zu wahren.

Quellen

- CIMIC COE (Stand 11.02.2020): Welcome to the CIMIC Handbook. Abgerufen unter: <https://www.handbook.cimic-coe.org/>, Zugriff am 21.02.2024
- CIMIC COE (12.08.2022): New definitions for CIMIC and for CMI. Abgerufen unter: <https://www.cimic-coe.org/news/definition-CIMIC-CMI/>, Zugriff am 21.02.2024
- Europäische Kommission (o.D.): Civil-Military Cooperation in Emergencies. Abgerufen unter: https://civil-protection-humanitarian-aid.ec.europa.eu/partnerships/relations/civil-military-cooperation-emergencies_e, Zugriff am 21.02.2024
- IASC (27.02.2013): IASC Non-Binding Guidelines on the Use of Armed Escorts for Humanitarian Convoys. Abgerufen unter: <https://reliefweb.int/report/world/iasc-non-binding-guidelines-use-armed-escorts-humanitarian-convoys>, Zugriff am 21.02.2024
- UN-CMCoord (o.D.): Humanitarian // Military Dialogue Abgerufen unter: <https://www.dialoguing.org/>, Zugriff am 21.02.2024
- UNHCR (Stand 27.06.2020): Emergency Handbook: Civil - military coordination. Abgerufen unter: <https://emergency.unhcr.org/coordination-and-communication/working-others/civil-military-coordination>, Zugriff am 21.02.2024
- United Nations Digital Library (2007): Oslo Guidelines : Guidelines on the Use of Foreign Military and Civil Defence Assets in Disaster Relief Abgerufen unter: <https://digitallibrary.un.org/record/770364>, Zugriff am 21.02.2024
- UN OCHA (o.D): Civil-military coordination. Abgerufen unter: <https://www.unocha.org/civil-military-coordination>, Zugriff am 21.02.2024